

Unsere Art zu wissen:

Frauen schützen Commons in Rajasthan

Soma KP und Richa Audichya¹

Nichlagarh, ein Adivasi-Dorf in der bewaldeten Region Südrajasthans, ist gefangen zwischen der Bürokratie der indischen Forstbehörde und einer fortschrittlichen Gesetzgebung, die den Anspruch hat, die traditionellen Rechte der Commons wieder herzustellen. Während der Staat seine eigenen Vorstellungen davon hat, wie die Dorfbewohner ihr Leben und die gemeinsame Bewirtschaftung ihrer Wälder organisieren sollten, haben sich die Frauen dieses Dorfes als Hüterinnen des Wissens und der Wälder sowie als Meisterinnen demokratischer Teilhabe und der Verteidigung ihrer Rechte auf Commons hervorgetan. Wie die meisten Dörfer in der Region Abu Road des indischen Bundesstaat Rajasthan wird Nichlagarh hauptsächlich von Adivasi bewohnt. Das Dorf mit seinen 650 Haushalten, die sich auf fünf Weiler verteilen, erstreckt sich über hügeliges Terrain, ist von Flüssen und Dämmen zur Wasserregulierung (sogenannten »nadis«), durchzogen und teilweise von Misch- und Laubwäldern bedeckt. Die meisten Frauen arbeiten auf ihren Feldern für die Eigenversorgung oder sie holen Futter aus dem Wald, während die Männer ein kleines Stück Ackerland bewirtschaften oder außerhalb des Dorfes beziehungsweise auf den Feldern Anderer Beschäftigung finden.

Die 45-jährige Sharmi Bai ist die agile Vorsitzende des »Panchayat«, des Dorfrates, von Nichlagarah. Für Sharmi Bai und die anderen Frauen sind die Wälder ihr Reich und ihre Kultur. Ihr Leben ist eng mit dem lebendigen Gewebe des Waldes verflochten, den sie als Commons sehen. Es waren die Adivasi-Frauen, die 2010 die Aufmerksamkeit auf diese Region lenkten, als sie einen gewaltlosen Massen-Sitzstreik organisierten, mit dem sie den Verkehr auf der Autobahn lahmlegten. Sie forderten die Anerkennung ihrer Rechte auf den Wald.

Vor den 1960er Jahren genossen die Dorfbewohner freien Zugang zum Wald und den darin befindlichen Weideflächen. Diese Flächen wurden jedoch mehr und

1 | Diese Fallstudie basiert auf einem Forschungsprojekt, das in Zusammenarbeit mit Jan Chetna Sansthan aus Abu Road, Rajasthan, durchgeführt wurde. Die Organisation setzt sich für die Rechte der Adivasi-Frauen ein. Unser Dank gilt Manju, Pushpa, Kailash, Laxman und Dinesh für die Unterstützung bei der Datenerhebung. Die Fallstudie ist Teil einer umfassenderen Untersuchung, die durch ein Stipendium von Action Aid ermöglicht wurde. Danke dafür.

mehr beschränkt, seit die Forstbehörde 1981 mit der Verabschiedung des Waldschutzgesetzes, dem Forest Conservation Act, die vollständige Kontrolle der Waldgebiete übernahm. Heute beklagen die Frauen nicht nur den Verlust ihrer Autonomie, sondern auch den schlechten Zustand der Wälder. »Wenn sie [die Forstverwaltung] uns [den Frauen und Adivasi] unsere Rechte früher gewährt hätten, wären die Wälder nicht verschwunden«, sagen die Frauen des Weilers, der dem Gemeinschaftswald am nächsten liegt. Sie haben die Zerstörungen täglich vor Augen.

Der Wald ist seit jeher zentral für das Leben der Adivasi. Er gibt ihnen, was sie brauchen: Brenn- und Bauholz, Nahrung, Seile, die so elementar für den Transport sind, Schutz und Kleidung. Die großen Blätter des Salbaums oder des Palasabaums dienen zur Herstellung von Schirmen oder sogar von Fußbekleidung. Der Wald versorgt sie zudem mit Harzen und Rinden, aus denen zum Beispiel Medikamente oder Gummi gemacht werden. Es scheint, dass alles entweder gesammelt werden kann oder dass einfach wächst, wenn man ein paar Samenkörner ausstreut. In den höheren Regionen wuchs einst neben verschiedenen essbaren Pflanzen auch ein »göttliches Kraut«, »musli« (Chlorophytum Borivilianum), eine traditionelle Heilpflanze, die durch unangepasste Nutzungen verschwunden ist. Die Menschen erinnern uns daran, dass sie nur wenig davon für den eigenen Verbrauch und manchmal noch etwas mehr zum Eintauschen geerntet haben. »Bäume, Sträucher, Gräser und Kräuter – sie haben uns ernährt«, sagt Sharmi Bai. »Wir sorgten für die Wälder und regelten miteinander ihre Nutzung, nicht nach Management-Prinzipien, sondern in einem Prozess des Teilens. Wir holten Holz für verschiedene Zwecke, aber wir taten das mit Bedacht, um sicher zu gehen, dass sich der Wald erholen und seinen Reichtum mehren konnte. Wie wussten, wie wir die Pflanzen ernten müssen, auch ›musli‹ und ›kaneri‹ [eine kleine, gehaltvolle Kürbispflanze], ohne die Triebe zu verletzen oder die Knoten zu zerstören, aus denen neue Triebe sprießen. Wir achteten darauf, die Pflanzen so zu beernten, dass wir sicher gehen konnten, dass für den nächsten Wachstumszyklus genug bleiben würde. Auf diese Weise haben wir gemeinsam den Wald genährt, nicht indem wir ihn unter uns aufteilten, sondern indem wir uns gemeinsam darum kümmerten. Wenn sich jemand zerstörerisch oder gierig verhielt, wurde diese Person gerügt, und wir haben einander geholfen, den Wald zu erhalten und zu sammeln, was wir brauchten.«

Trotz ihrer wichtigen Rolle in der Pflege der Gemeinschaftswälder war es den Frauen nicht erlaubt, sich an jenen Prozessen zu beteiligen, in denen die Gewohnheitsrechte traditionell festgelegt und diskutiert wurden. In der patriarchalen Sozialstruktur dieser Bevölkerungsgruppe wurden Frauen nicht als Inhaberinnen von Rechten gesehen. Inzwischen aber haben die Gemeinschaften die Rolle der Frauen erkannt, und sie beziehen sich auf sie, wenn es darum geht, die Stimme für ihre Gemeinschaftsrechte zu erheben. Die Anerkennung von Frauen als Schlüsselpersonen und legitime Akteurinnen einer demokratischen, dezentralisierten Verwaltung der Commons hat ihre Position in den traditionellen Foren gemeinschaftlicher Entscheidungen gestärkt. Und es hat dem Prozess des Commoning selbst mehr Gewicht gegeben.

Das Waldschutzgesetz von 2006 brachte zahlreiche Veränderungen mit sich, die die Gewohnheitsrechte der in und mit den Wäldern lebenden Dorfgemein-

schaften rechtlich absichern sollten. Das Gesetz versuchte, die »historischen Ungerechtigkeiten« zu korrigieren, die den Waldbewohnern angetan worden waren. Doch in der Praxis betrachtete die Forstbehörde den Wald als ihren Einflussbereich; ähnlich einem Lehen, das sie nach modernen Prinzipien des Waldmanagements verwaltet sehen wollte. Das hatte unter anderem die Konzentration auf nur wenige (Baum-)Arten zur Folge. Traditionelle Methoden, Wälder zu erhalten und gleichzeitig daraus den Lebensunterhalt zu beziehen, fanden in dieser Vorstellung von Waldbewirtschaftung keinen Platz. Entsprechend ihrem kolonialen Erbe, betrachtete die Forstbehörde die Bewohner des Waldes oder vom Wald abhängige Dorfgemeinschaften wie unbefugte Eindringlinge. Sie versuchte, ihre Rechte zu beschneiden und sie mit verschiedenen gesetzlichen und polizeilichen Maßnahmen aus den Wäldern zu vertreiben, wobei für einige Menschen oft ernsthaft Gefahr für Leib und Leben bestand. In jüngster Zeit hat die Behörde die Bestrafung der Bewohnerinnen und Bewohner für »Missbrauch« und »illegalen Holzeinschlag« verschärft, während sie selbst Bäume fällt und dem Wald entnimmt. Sie ließ auch zu, dass bewaldetes Land nach nur oberflächlichen Beratungen mit den Dorfgemeinschaften an Industrieunternehmen vergeben wurde, was die ansässigen Gemeinschaften in große Bedrängnis brachte und in einigen Regionen sogar zu deren Vertreibung führte.

Der Forest Rights Act war eindeutig eine Herausforderung für die Forstbehörde, indem er ausdrücklich – sei es über individuelle Ansprüche auf Land oder über Gemeinschaftsrechte – die traditionellen Rechte der Waldbewohner, ihre Wälder selbst zu bewirtschaften, wieder herstellte. Die Behörde jedoch setzte sich wissentlich über das explizite Anliegen des Gesetzes hinweg, den Gemeinschaften Autonomie in der Waldnutzung zuzugestehen, und sie widersetzt sich ihm weiterhin, indem sie nur einen kleinen Teil der anhängigen Ansprüche auf individuelle Nutzung anerkennt sowie Forderungen nach Anerkennung von Gemeinschaftswäldern entsprechend dem Forest Rights Act in Frage stellt.

Der Forest Right Act und ein weiteres Gesetz, mit dem die Selbstverwaltung durch lokale Dorfgemeinschaften auf Gebiete ausgedehnt wurde,² gibt diesen die Möglichkeit, ihre traditionellen Rechte geltend zu machen. Demnach können sie Art und Intensität der Nutzung ihrer gemeinsamen Güter selbst definieren. Die Gesetze kommen damit einer verbindlichen Anerkennung ihrer traditionellen Methoden und Praktiken gleich. Beide zielen darauf ab, die Autonomie der ethnischen Gemeinschaften hinsichtlich der Bewirtschaftung der Wälder wieder herzustellen; und sie beschränken die Macht der Forstbehörde, die sich weigert, diese Gesetze umzusetzen, weil dies ihr Vordringen in die traditionell bewirtschafteten Gebiete verhindern würde.

Dhani Bai aus Mataphalli kam vor vierzig Jahren ins Dorf, zu einer Zeit, wo jeder Mensch ein Recht auf seinen Anteil an den dazugehörenden natürlichen Ressourcen hatte. Wie jede junge Braut wurde sie mit den Regeln vertraut gemacht, und sie kannte die Grenzen des Dorfes. Aber unter der Verwaltung der Forstbehörde, sagt Dhani Bai, »ist der Wald für uns inzwischen außer Reichweite, und wir müssen schauen, wo wir uns Gräser, Kräuter und was wir sonst so brauchen,

besorgen können, weil nun von der Forstverwaltung Grenzen festgelegt wurden, die verhindern, dass wir Zugang zu unseren Ressourcen bekommen. Dabei sind wir diejenigen, die sich von Anfang an um das gekümmert haben, was der Wald braucht.«

Besonders zwischen 1980 und 2005 bemerkten die Dorfbewohner, dass regelmäßig große Mengen an Holz gestohlen wurden, selbst nachdem die Diebstähle gemeldet worden waren. »Die mächtigen Unternehmer-Lobbies versuchen, unsere jungen Männer dazu zu bewegen, Holz für ihren Profit zu stehlen«, sagt Dhani Bai, »aber wir kennen die Folgen solcher Aktionen. Durch sie wird das Land austrocknen und unser Wasser versiegen.«

Allmählich veränderten sich durch das Management der Forstbehörde sowohl der Umgang mit dem Wald als auch die Beziehungen innerhalb der Gemeinschaften sowie zu ihrer natürlichen Umgebung. Im Ortsteil Verafalli, wo 65 Familien wohnen, ist nur wenig Land für den Nahrungsmittelanbau verfügbar; der Zugang zu den angrenzenden Wäldern wird den Menschen verwehrt. Die Wächter und Forstaufseher konfiszieren alle Werkzeuge und strafen jeden, der dabei erwischt wird, dass er sein Vieh im Wald weiden lässt.

Die Frauen erzählen, welche unterschiedlichen Antworten sie auf diesen Griff nach ihren traditionellen Wäldern gefunden haben, um zumindest den Wald in unmittelbarer Umgebung ihrer Dörfer bewirtschaften zu können. In einem Ortsteil Verafallis ist es gelungen, diesen Wald weiterhin als Commons zu behandeln. Die Frauen haben hier dem Trend widerstanden, Parzellen für die einzelnen Haushalte einzuzäunen. Die bisherige Praxis passte man an die neuen rechtlichen Bedingungen an, neue Regeln wurden für die Nutzung und Bewirtschaftung von etwa 20 Hektar Wald miteinander ausgehandelt. Den Frauen ist es gelungen, die Versuche der Forstbehörde, das Gebiet zu kontrollieren, ebenso abzuwehren wie jene, diese Grundstücke anderen Nutzungszwecken zu widmen. Während die staatliche Anerkennung der Ansprüche auf Land von Verafalli unter dem Forest Rights Act³ noch aussteht, hat es die Dorfgemeinschaft unter Leitung der Frauen geschafft, dass die etwa 70 Haushalte, die auch bislang den Wald als Commons genutzt hatten, wieder freien Zugang haben, um ihr Vieh weiden zu lassen und Waldprodukte zu sammeln.

»Je länger der Staat die Umsetzung des Forest Rights Act verzögert oder, vor allem mit Blick auf die Gemeinschaftsrechte, vernachlässigt«, klagt Sharmi Bai, »desto wahrscheinlicher wird es, dass die Dorfgemeinschaften beginnen, ihre Rechte an der Waldnutzung auf individuelle Haushalte aufzuteilen«. So teilte man in Matafalli, einem anderen Weiler der gleichen Dorfgemeinschaft, der näher am Fluss liegt, jeder der 65 Familien ein eigenes Waldstück zu. Das Ergebnis waren endloser Streit und Diebstähle. »Nicht einmal mein eigenes Land, auf dem ich Obst angebaut habe, blieb verschont«, meint Sharmi Bai und zeigte uns den Ort der Einzäunung.

3 | Nach dem PESA Act von 1996 haben die Dorfräte die Aufgabe, »für die Bräuche, religiösen Praktiken und die traditionelle Bewirtschaftung der gemeinsamen Ressourcen zu sorgen«, www.moef.nic.in/sites/default/files/jfm/jfm/html/strength.htm (Zugriff am 13. April 2015).

Natürlich haben diese neuen Strukturen die sozialen Beziehungen zwischen den Familien verändert, weil alle jetzt *ihr* Stück Land im Auge haben und den anderen mitunter nicht einmal den Zugang zu Wegen gewähren, die über dieses Land verlaufen. Das verheißt nichts Gutes für den Zusammenhalt im Dorf und für die Wahrung gemeinsamer Interessen. Es verheißt aber auch nichts Gutes für das Wohlergehen der Wälder, findet Sharmi Bai: »Wenn wir anfangen, die Wälder als unser Privateigentum zu betrachten statt als Commons, dann erodiert das, was den sozialen Zusammenhalt fördert. Wir werden dann in den Wäldern nur mehr Bäume und Holz sehen, genau wie die Unternehmen und die Forstbehörde, und bald wird alles zu Ackerland werden.« Aus ihrer Sicht würde das nicht geschehen, wenn der Forest Rights Act so umgesetzt würde, wie er gemeint war. »Früher gab es in dieser Gegend Wasser im Überfluss, nun wird es knapp. Es gibt zwar einige Handpumpen im Dorf, aber die Zerstörung der Wälder bringt andere Probleme mit sich. Wir müssen unsere Rechte wiedererlangen und unsere Wälder beschützen. Das ist unsere Lebensart.«

Dhani und die anderen Frauen erinnern sich noch an die schwere Hungersnot von 1960, als sie durch die Früchte, Kräuter und Pflanzen des Waldes überlebten, obwohl die Dorfgemeinschaft eigentlich keinen Zutritt dazu hatte. Mangels Alternativen zogen die meisten in eine nahegelegene Stadt, um Geld zu verdienen. Die Löhne sicherten zwar das Überleben, aber durch sie kamen auch Produkte vom Markt in das Dorf und mit ihnen Händler, die begierig danach waren, die lokalen Erzeugnisse aufzukaufen. Da die Familien wuchsen und die Wälder erschöpft waren, versuchte nun jede Familie mindestens ein Kind im Öffentlichen Dienst unterzubringen und auch für die anderen Jobs zu finden, um den Lebensunterhalt zu sichern.

Trotz der Hoffnungen, dass der Forest Rights Act effektiv umgesetzt würde, haben die veränderten Beziehungen zu den Wäldern den Anteil der Selbstversorgung bereits verringert und damit die Abhängigkeit von Lohnarbeit und Markt erhöht. Die traditionellen »melas«, Zusammenkünfte an der Stätte der Verehrung der Khetia Bapasi – einer lokalen Gottheit, die im Wald angebetet wird – zu denen die Männer zusammenkamen, um über die Angelegenheiten der Dorfgemeinschaft zu entscheiden, sind auf ein reines Ritual reduziert. Die Entscheidungsbefugnisse dieser Versammlungen beschränken sich nunmehr auf Themen, die das Dorf und das dazugehörige Land betreffen, denn für die Verwaltung und Nutzung der Wälder ist die Behörde zuständig.

Während die Gewährung grundlegender Rechte auf die Wälder und dessen Reichtümer trotz des Forest Rights Act unerfüllt bleibt, hat der Distriktsbeauftragte der Region Abu Road bereits neue Ideen, um die Lebenssituation in der Region zu verbessern und bestimmte Praktiken der Wassernernte⁴ und der Bewirtschaftung der Wassereinzugsgebiete voranzubringen. Die Commoners sind verständlicherweise skeptisch. Sie haben erlebt, wie ineffektiv und politisch motiviert die Regie-

4 | Gemeint sind Methoden der Wassergewinnung wie das Sammeln und Speichern von Abflusswasser oder Regenwasser in Stauteichen, auf Dächern, in Zisternen u.v.m. (Anm. der Hg.).

renden handeln. Sie schätzen ihren eigenen, effektiven und nachhaltigen Commons-Prozess und kämpfen darum, ihn beibehalten zu können.

Die Frauen haben durch ihr »Wald-Commons« erfahren, wie ihr eigenes Wissen, ihr sozialer Zusammenhalt, eine Ethik der Gemeinschaftlichkeit sowie die notwendige Führungsstärke auf lange Sicht ein besseres Mittel zum Schutz der Wälder sind als eine verengte wissenschaftliche Expertise und politisch motivierte Maßnahmen, die nur den Wohlhabenden nützen. Sie erkennen die Stärke eines Waldschutzgesetzes, das eine prozessorientierte, dezentralisierte Selbstverwaltung anerkennen und traditionelle Rechte respektieren will. Es würde ihnen helfen, die zerstörten Commons wiederherzustellen und jene zu erhalten, die dank ihrer traditionellen Praktiken noch bestehen.

Soma KP arbeitet als Wissenschaftlerin und politische Beobachterin. Sie unterstützt den Aufbau gemeinschaftsbasierter Institutionen und verfügt über mehr als drei Jahrzehnte Erfahrung zu den Themen Gender, Entwicklung und natürliche Ressourcen.

Richa Audichya ist Geschäftsführerin von Jan Chetna Sansthan, einer Nichtregierungsorganisation, die mit einem Ansatz, der Frauen besonders fördert, zu den Rechten der Adivasi arbeitet.